

**Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz**  
**Bereich Weltkirche und Migration**

VI. Jahrestagung Illegalität – Pressemitteilung zu den Beiträgen des ersten Abends (03.03.2010)

– **ENTWURF** –

**Pressemitteilung**

*Sperrfrist: 03. März 2010, 20.30 Uhr*

**Schulbesuch für Kinder ohne Aufenthaltsstatus: „Entscheidend ist der politische Wille“**

**Kardinal Sterzinsky fordert beherztes und zügiges Handeln**

Anlässlich der VI. Jahrestagung Illegalität hat der Erzbischof von Berlin, Kardinal Georg Sterzinsky, den klaren und unmissverständlichen politischen Willen der neuen Bundesregierung begrüßt, die bundesgesetzlichen Voraussetzungen für den Schulbesuch von Kindern ohne Aufenthaltsstatus zu schaffen. Vor dem Hintergrund der Zuständigkeit der Bundesländer in diesen Fragen forderte er beherztes und zügiges Handeln auf allen Ebenen: „Für jeden einzelnen Jungen und jedes einzelne Mädchen ist es wichtig, möglichst schnell die Schule besuchen zu können, um gute Zukunftschancen zu haben und den Teufelskreis aus Armut und Illegalität verlassen zu können.“ Entscheidend sei dabei der politische Wille, auch komplexe verwaltungs- und verfahrensrechtliche Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Der Kardinal erinnerte auch an den im Dezember letzten Jahres verstorbenen Vorsitzenden des Katholischen Forums ‚Leben in der Illegalität‘, Weihbischof Dr. Josef Voß, und versicherte, dass sich die Kirche in Deutschland weiterhin für die Menschen ohne Aufenthaltsstatus einsetzen und wo nötig auch die Stimme erheben werde. Dankbar äußerte sich der Erzbischof von Berlin bezüglich der neuen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz, die zwei wichtige Anliegen der Kirchen aufgegriffen haben. Zum einen wurde nun endgültig klargestellt, dass die Hilfe für illegal aufhältige Personen im Rahmen anerkannter Berufe und Ehrenämter in der Regel nicht den Tatbestand der Beihilfe zum illegalen Aufenthalt erfüllt. Zum andern unterliegen nach bereits heute geltendem Recht auch die Abrechnungsstellen öffentlicher Krankenhäuser der Schweigepflicht. So ist im Ergebnis die Notfallbehandlung irregulärer Migranten im Krankenhaus gewährleistet, ohne dass die Betroffenen Angst vor Aufdeckung ihres Status und Abschiebung haben müssen.

„Irreguläre Migration als Herausforderung für Kommunen“ lautet der diesjährige Themenschwerpunkt der Jahrestagung. Zum Auftakt betonte Prälat Dr. Peter Neher, , dass die Folgen des weltweiten Phänomens „Illegalität“ vor allem in den Kommunen sichtbar und spürbar werden. Die Hilfe für Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität vor Ort gleicht jedoch

oftmals einer Symptombehandlung. „Denn strukturelle Lösungen können in der Kommune meist nicht gefunden werden, sie erfordern vielmehr ein grundsätzliches Umdenken von Seiten der Landes- und Bundespolitik,“ so der Präsident des Deutschen Caritasverbandes.

Dr. Dirk Gebhard, Migrations- und Integrationsexperte von EUROCITIES, dem Netzwerk großer europäischer Städte, wies in seinem Beitrag auf die Ausgangssituation hin: „Im Interesse der sozialen Kohäsion und der Menschenrechte stehen alle europäischen Städte vor der Herausforderung, Zugang zu grundlegenden sozialen Diensten zu sichern.“. „Die meisten größeren europäischen Städte haben daher heute eine mehr oder weniger offizielle Politik, Zugang zu medizinischer Grundversorgung und Schulausbildung zu gewährleisten oder zu tolerieren.“ Die Herangehensweise an diese Fragen ist seiner Ansicht nach auch von der europäischen und nationalen Gesetzgebung geprägt. Die Ansätze innerhalb der EUROCITIES reichten daher von einer offiziellen Politik des Zugangs für alle Einwohner, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, bis hin zu einem weitgehenden Ausschluss irregulär aufhältiger Migranten vom Wohlfahrtssystem durch den Staat, der zu eher indirekten und prekären Formen des Zugangs auf lokaler Ebene führt. Im Gegensatz zur politischen Entwicklung auf europäischer Ebene, die von einer weitgehenden Ignoranz in Bezug auf das Problem geprägt ist, führe das Zutun sozialer Nichtregierungsorganisationen und einzelner europäischer Städte zu neuen Impulsen in der Debatte: Neueste Studien bestreiten nicht nur den sog. „Pull-Effekt“ von Regularisierungen, sondern verweisen zunehmend sogar auf deren ökonomischen Nutzen.

In den folgenden beiden Tagen wird sich die Tagung eingehend mit dem Umgang mit irregulärer Migration und den verschiedenen politischen Herangehensweisen auf kommunaler Ebene befassen. Dabei wird nicht nur die Situation in verschiedenen europäischen Großstädten zur Sprache kommen, sondern es werden auch konkrete Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Modelle der Gesundheitsversorgung in ausgewählten deutschen Städten ausgelotet. Soziologische Forschungen geben Aufschluss über informelle Netzwerke von Migranten, die Städte über Kontinente hinweg verbinden und analysieren besondere Integrationsleistungen oder Problemlagen dieser Bevölkerungsgruppen.

Hinweis: Das Statement von Kardinal Georg Sterzinsky und das Tagungsprogramm sind unter [www.dbk.de](http://www.dbk.de) abrufbar.

**Kontakt:**

Katholisches Forum „Leben in der Illegalität“  
Johannes G. Knickenberg (LL.M.) – Geschäftsführer,  
Tel.: 030 / 28 444 732, Mail: [forum-illegalitaet@web.de](mailto:forum-illegalitaet@web.de)